

Ekkehard Klaus

DIKTATUR UND DEMOKRATIE IM ZEITALTER DER EXTREME

Überlegungen 100 Jahre nach 1914, 75 nach 1939, 25 nach 1989

*Eröffnungsvortrag am 23. Januar 2014 bei der 7. Geschichtsmesse der
Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Suhl*

Joseph Stalin und Adolf Hitler – die sind doch tot und vorbei. Die Mini-Hitlers in der NPD zerlegen sich gegenwärtig selbst und brauchen dafür nicht einmal die Hilfe der staatlich besoldeten V-Leute, die ja inzwischen abgeschaltet sind, und der heutige Kreml-Herrscher ist zwar nicht in *jedermanns* Augen ein lupenreiner Demokrat, aber ein bisschen Opposition und Kritik lässt selbst er zu. Mit wohligem Schauer lassen wir uns von den Filmen und Fernsehsendungen über das „Zeitalter der Extreme“ im finsternen 20. Jahrhundert unterhalten, aber wir leben in einer anderen, besseren Welt. Mit dem Studiosus Wagner aus Goethes Faust könnten wir – nur leicht verändert - sagen:

*„Es ist ein groß' Ergetzen / Sich in den Geist der Zeiten zu versetzen /
Zu sehen, wie vor uns ein **b ö s e r** Mann gedacht – (Hitler, Stalin)
Und wie wir's dann zuletzt so herrlich weit gebracht“
– nämlich als lupenreine Demokraten.*

Bei solcher Redeweise würden wir aber vergessen, dass Wagner ein Einfaltspinsel ist, ein Zu-Kurz-Denker, über den Goethe den Kopf schüttelt. Allerdings sind wir heute vor allzu großer optimistischer Einfalt geschützt – durch böse historische Erfahrung. Genau ein Jahrhundert ist es her, dass die Deutschen ihrem Kaiser glaubten, er führe sie „herrlichen Zeiten entgegen“. Dann brach am 1. August 1914 die Urkatastrophe des 20. Jahrhunderts los, der Weltkrieg, und mit ihm brach das Zeitalter der Extreme an. Eric Hobsbawm

spricht gar vom „Zeitalter des Massakers“. Dieses Zeitalter machte den Weltkrieg, von dem man damals noch ohne Ordnungszahl sprach, schon nach einem Vierteljahrhundert zum „Ersten“ Weltkrieg, indem es den Zweiten gebar.

Der US-Präsident Woodrow Wilson hoffte 1918 noch immer auf herrliche Zeiten, sein erklärtes Kriegsziel war „to make the world safe for democracy“ – der Welt eine demokratische Zukunft zu sichern. Es kam anders. Erstmals 1928 prägte eine britische Zeitung, der *Contemporary Review*, das Wort vom „totalitären Regime“. Im Jahr darauf sprach die Londoner *Times* von einer „Abwehrreaktion gegen den Parlamentarismus ... zugunsten eines ‚totalitären‘ oder Einheitsstaates, sei er nun faschistisch oder kommunistisch“. Das war die Taufe des im Ersten Weltkrieg gezeugten und rasch herangewachsenen Monsters – die Taufe auf den Namen „Totalitarismus“.

Dieser Name ist bis heute hochumstritten, weil er zwei feindliche Brüder unter ein gemeinsames Dach zwingt, den roten und den braunen. Meine linken Kommilitonen in der Achtundsechziger Zeit versuchten diese Verwandtschaft der Brüder mit Begriffsmagie zu bannen: Faschismus, so erklärten sie mir, sei eine Unterform von Kapitalismus, also notwendig vom Sozialismus himmel- oder höllenweit entfernt. Sicher gibt es erhebliche ideologische und ökonomische Unterschiede zwischen Bolschewismus und Nationalsozialismus, aber den Untertanen der beiden totalitären Regime kann es letztlich egal sein, ob die bedrängende Gewaltherrschaft mit der monopolistischen Staatspartei, der terroristischer Geheimpolizei und der Informationszensur nun durch Rassen- oder Klassenideologie gerechtfertigt wird.

Als Erstsemester besuchte ich 1961 in Ost-Berlin das Berliner Ensemble und sah Brechts „Furcht und Elend des Dritten Reiches“. Was mich am meisten beeindruckte war die Chuzpe, mit der das DDR-Regime dieses Stück aufführen

ließ, statt in diesem Spiegel sich selbst wahrzunehmen: man musste nur in dem Theaterstück das Wort HJ durch FDJ ersetzen, SS durch SSD, und man hatte ein offensichtliches Stück DDR-Realität auf der Bühne. Nun wird die Vergleichbarkeit totalitärer Systeme gern geleugnet mit dem Hinweis, der Nationalsozialismus habe Leichenberge hinterlassen, die DDR dagegen nur Aktenberge. Das stimmt schon, aber die richtige Vergleichsgröße für die Mordmaschine Hitlers im Kriege ist der Bolschewismus des russischen Bürgerkriegs von 1917 bis 1920 und der anschließende Stalinismus, der einen gnadenlosen Bürgerkrieg nicht nur gegen ukrainische Bauern führte.

Im Bürgerkrieg starben bis 1920 zehn Millionen Russen, im Ersten Weltkrieg waren es zwei Millionen gewesen. Und was die Quantität des Mordens angeht, so ließ sich Stalin von Hitler nicht lumpen. Der britische Historiker Robert Conquest nennt 15 Millionen Todesopfer von Stalins verschiedenen Terror-Kampagnen, andere Historiker kommen zu weit höheren Zahlen. Sicher war Hitlers Rassenwahn, der den Holocaust auslöste, noch irrationaler als Stalins Machtzynismus und seine Paranoia, mit der er seine eigenen treuen Parteigenossen in den Tod schickte. Hitler ermordete nur vier Politbüro-Mitglieder der KPD, Stalin fünf. Aber die totalitäre Fast-Allmacht beider Mordrekordler des 20. Jahrhunderts war die gleiche.

Das Jahr 2014 ist ein vielfach rundes Erinnerungsjahr: Wir denken an 1914, als vor einem Jahrhundert das alte Europa in einem bis dahin unvorstellbaren Blutbad sich selbst zerstörte. Die Bilanz waren 17 Millionen Tote und eine zertrümmerte Weltordnung sowie wachsende Revanchegeleüste. Damit machte der Erste Weltkrieg und den Weg frei machte für den Totalitarismus. Wir erinnern uns an 1939, als vor einem Dreivierteljahrhundert dieser Totalitarismus seinen Scheitelpunkt erreichte und sich anschickte, die Welt in eine noch größere Katastrophe zu stürzen, einen Weltkrieg mit diesmal über 50

Millionen Toten, und in den Zivilisationsbruch der Shoah; wenn man zu den direkten Kriegseinwirkungen die Massenverbrechen und die Kriegsfolgen hinzurechnet, kommt man auf 80 Millionen Todesopfer. Und wir erinnern uns an 1989, als vor einem Vierteljahrhundert die Freiheit über die Ausläufer des Totalitarismus in Ost- und Mitteleuropa triumphierte.

George Kennan prägte das Wort vom Ersten Weltkrieg als „Urkatastrophe Europas“. Das bürgerliche Europa, das trotz sozialer Konflikte ein hohes Maß an Stabilität und stetes wirtschaftliches Wachstum gekannt hatte, zerbrach. Das Massensterben an den Fronten und die Verelendung breiter Bevölkerungsschichten in der Heimat führte zu einer Verrohung einer Generation, die eine Nachkriegsordnung mit vielen neuen europäischen Staaten aufbauen sollte. Diese Generation war im August 1914 mit Hurrah in den Krieg gestürzt. Man stellte sich den Krieg so ähnlich vor wie die schneidige Kavallerieattacke von Mars-la-Tour genau 44 Jahre zuvor, im August 1870, deren gefeierte Helden bald darauf durchs bekränzte Brandenburger Tor heimkehrten. Aber der Artillerie- und Grabenkrieg war inzwischen, wie Wolfgang Mommsen sagt, zu einer „blinden Maschinerie der Menschenzerstörung in zerschossenen Schlammwüsten“ geworden, wo es kein individuelles Heldentum mehr gab, sondern ein fatalistisch-anonymes Zerfetztwerden.

Und der Friede danach? Die Nachkriegszeit wurde sehr schnell wieder zur Vorkriegszeit. Die neuen Nationalstaaten Südosteuropas waren weder wirtschaftlich leistungsfähig noch politisch homogen. In ihren von den Siegermächten oft willkürlich gezogenen Grenzen gab es durchweg große ethnische und kulturelle Minderheiten, die nicht integrierbar waren und sich um ihr von Präsident Wilson versprochenes Selbstbestimmungsrecht betrogen fühlten.

Lassen Sie mich das mit einer Anekdote illustrieren. Im Jahre 1937 interviewte ein amerikanischer Journalist den Präsidenten der Tschechoslowakei, Eduard Benesch, und fragte ihn: „Herr Präsident, was ist eigentlich ein Tschechoslowake? Sie Sie ein Tschechoslowake?“ „Nein, antwortete Benesch, „ich bin Tscheche.“ Der Journalist fragte weiter: „Und der Herr Tiso, ist der ein Tschechoslowake?“ „Nein“, sagte Benesch, „der ist Slowake“. „Ja, wer ist denn dann ein Tschechoslowake?“ Da antwortete Benesch: „Na, zum Beispiel der Herr Henlein“ – also der sudetendeutsche Todfeind dieses Staatswesens.

Was meine ich mit Verrohung? Sie war nicht nur das persönliche Schicksal vieler Männer der Frontgeneration, die sich nicht mehr in einer Friedensgesellschaft zurechtfinden, sondern in Freikorps weiter schossen oder in einem besonders üblen Falle gar „beschlossen, Politiker zu werden“. Die Verrohung erreichte auch die Welt des Geistes. Ein „Krieg der Geister“ war gleich 1914 losgebrochen. Viele Künstler, Schriftsteller und Intellektuelle wurden zu chauvinistischen Furien, beschimpften die Feindnationen wie die Kesselflicker und setzten deren Kultur als barbarisch herab.

Die Neigung zum Extrem prägte auch die Nachkriegszeit. Nehmen wir das Beispiel des Konservatismus. Das ist im besten Falle eine gewachsene Verbindung zur eigenen Geschichte, eine behutsam bewahrende Fortentwicklung der Gesellschaft auf dem Boden der Tradition. Nach dem Ersten Weltkrieg hatten viele jüngere Konservative den Glauben an traditionelle Ordnungen verloren. Zu ihrem Patron war ein nihilistisch verstandener Friedrich Nietzsche geworden. Die Herolde der sogenannten „konservativen Revolution“ – Paul de Lagarde, Arthur Moeller van den Bruck, Ernst Jünger – ersetzten Tradition und Religion durch willkürlich gewählte, oft barbarische Mythen wie „Blut und Boden“ oder den Kampf um seiner selbst willen. Der

Dezisionismus eines Martin Heidegger oder Carl Schmitt pries die Kraft zur Entscheidung, egal wofür, und die Macht um ihrer selbst willen.

Im Grunde ist eine „konservative Revolution“ ein Widerspruch in sich. Der Urtyp des Konservativen verteidigt das Gewachsene gegen Macher und Ideologen; der „konservative Revolutionär“ wird selbst zum ideologischen Macher. Bei allem Zank untereinander sind diese Neukonservativen sich mit den Altkonservativen wie zum Beispiel Ewald von Kleist-Schmenzin in einem einig: in der unversöhnlichen Ablehnung des „toten Zahlenmechanismus“ Demokratie, des „westlich-mechanischen“ Parlamentarismus mit seinen Parteien, die als „Schwärme von Parasiten am Körper des Reichs“ gelten – so Moeller van den Bruck. Einig sind sich Alt- und Neukonservative nur als Anti-Bewegung, stark genug nur zur tatkräftigen Mitzerstörung von Demokratie und liberaler Tradition. Aus „konservativ“ war weithin „rechtsextrem“ geworden.

Vor einem historischen Fachpublikum wie Ihnen würde ich Eulen nach Athen tragen, wenn ich die Schrecken der beiden Weltkriege jetzt weiter ausmalte, und Sie benötigen hier auf dem Boden der ehemaligen DDR auch keine Belehrung über das, was 1989 in der friedlichen Revolution, der ersten erfolgreichen der deutschen Geschichte, geschehen ist-

Aber gerade dieses letzte Datum ruft zum Nachdenken darüber auf, unter welchen Bedingungen Demokratie überleben kann und welche Gefahren ihr heute und morgen von autoritären und totalitären Tendenzen drohen.

Aber ist denn der Totalitarismus Hitler'scher und Stalin'scher Prägung nicht eine ferne Erinnerung, die immer weiter in die Vorvergangenheit entrückt ? Haben wir es nicht tatsächlich „zuletzt so herrlich weit gebracht“ mit unserer rechtsstaatlichen Demokratie? Gewiss: die Signaturen des klassischen

Totalitarismus gibt es in Europa nicht mehr, nämlich die Willkür eines charismatischen Diktators, die alleinregierende Staatspartei, die terroristische Geheimpolizei, die verbindliche Ideologie mit ihrem Heilsversprechen eines Tausendjährigen Reiches oder einer klassen- und konfliktlosen kommunistischen Zukunft.

Allerdings trennen uns nur drei Flugstunden von Syrien, wo alle Schrecken des Ersten Weltkrieges bis hin zum Gaskrieg Gegenwart sind, und wenig mehr Flugstunden von der Überzahl der Staaten und Regime in aller Welt, wo Rechtsstaat und Demokratie Fremdwörter sind. Dort streben Diktatoren das totalitäre Ideal einer allumfassenden Kontrolle von Staat, Gesellschaft und Kultur nicht nur an, sondern kommen ihm häufig recht nah. Oder denken wir an gescheiterte Staaten wie Mali oder Somalia, wo Bewegungen mit totalitärem Anspruch, derzeit vor allem fundamentalistische Islamisten, sich anschicken, den Pluralismus mit Stumpf und Stiel auszurotten.

Schon deshalb sollten wir uns auf der europäischen Insel der Seligen nicht zu sicher fühlen. Jedoch kommen Gefahren nicht nur von außen. Schon vor fast einem halben Jahrhundert schrieb der Historiker und Politologe Karl-Dietrich Bracher, eine totalitäre Tendenz sei in praktisch in alle modernen Staaten eingebaut. Denn sie strebten ein „perfektionistisches Management“ sozio-ökonomischer Krisen an und wollten zu diesem Zweck ihre politische Kontrolle über die Gesellschaft so weit wie möglich ausbauen.

Mutet dieser Ausspruch von damals im Hinblick auf die heutige NSA-Affäre nicht geradezu prophetisch an? Als Bracher dies schrieb, konnte sich noch niemand die perfektionistische geheimdienstliche Überwachung der weltweiten Telekommunikation technisch vorstellen. Ein Maß an Überwachung, von der die Stasi nur träumen konnte. Bei Brachers Begriff der „totalitären Tendenz“

moderner Staaten dürfen wir natürlich nicht an die Extremform unter Stalin und Hitler denken, das wäre ganz unrealistisch. Aber eine „Tendenz“ ist ja eine Bewegung in eine bestimmte Richtung. Und wenn wir uns ein Spektrum vorstellen, eine Skala mit dem Totalitarismus an dem einen Endpunkt und der pluralistischen Demokratie am anderen Endpunkt und dazwischen die autoritären Systeme, dann ist eine schrittweise Bewegung auch von Demokratien in die autoritäre Richtung jederzeit möglich.

Wodurch ist das zu verhindern? Zum einen durch Misstrauen gegen die Obrigkeit. Ein Beispiel bietet die „Spiegel“-Affäre von 1962. Öffentliche Empörung verhinderte damals eine schwere Beschädigung der Pressefreiheit. Richard von Weizsäcker sagte einmal: „Die Weimarer Republik ist daran gescheitert, dass sie eine Demokratie mit zu wenig Demokraten war“. Das darf uns nicht noch einmal passieren. Ob die öffentliche Empörung über die NSA einen ähnlichen Erfolg haben kann? Ob sie die vom Bundesverfassungsgericht geforderte „informationelle Selbstbestimmung“ wenigstens teilweise zurückgewinnen kann? Wir müssen es einfordern.

Und wir müssen lernen, dass derjenige, der traditionell als Verräter und Staatsfeind gebrandmarkt wird, heute als „Whistleblower“, also als alarmierender Trillerpfeifer, zum *Staatsfreund* wird, sofern wir einen *demokratischen* Staat meinen und erhalten wollen. Der bekannte britische Publizist Timothy Garton Ash hat im *Guardian* den Ausdruck geprägt „United *Stasi* of America“. Damit hat er prägnant auf den Begriff gebracht, wie die „Führungsmacht der Freien Welt“ ausrutschen und in die autoritäre Richtung stolpern kann. Garton Ash gibt aber gleichzeitig uns Deutschen einen Dämpfer, wenn er schreibt, wir wollten am liebsten eine große Schweiz ohne weltpolitische Verantwortung sein und die undankbare Rolle des Weltpolizisten auf die Amerikaner und andere abschieben.

Von den Amerikanern können wir aber auch einiges über die Selbstheilungskräfte der Demokratie lernen. Ich halte seit Jahren an der Freien Universität Berlin Kurse für US-Studenten über Totalitarismus ab und bin beeindruckt, wie entschieden sie autoritäre Tendenzen im eigenen Land kritisierten. Manchmal muss ich sie bremsen, wenn sie George W. Bushs „Patriot Act“, der nach Nine-Eleven die Vollmachten der Regierung vervielfachte, allzu streng sofort mit Hitlers Ermächtigungsgesetz gleichsetzten.

Und es sind große US-amerikanische Zeitungen, die mit autoritären Tendenzen ihrer Regierung schonungslos ins Gericht gehen. Die *Washington Post* schrieb schon lange vor der NSA-Enthüllung einen Artikel: „Zehn Gründe, warum die Vereinigten Staaten nicht mehr das Land der Freien sind“. Da ist die Rede von der Liquidierung von US-Bürgern und anderen Terrorverdächtigen durch Drohnen außerhalb jeder Justiz; von der Verschleppung in Geheimgefängnisse; von Folter wie „Waterboarding“; von unbegrenzter Bespitzelung von Verdächtigen und Unverdächtigen. Die US-Autorin Naomi Wolf behauptet, ihr Land habe die „zehn Schritte zu einem faschistischen Amerika“ bereits hinter sich. Um nur einen zu nennen: die Schaffung eines justizfreien Konzentrationslagers wie Guantánamo.

In jedem Krieg leiden die Freiheitsrechte auch in Demokratien – denken Sie nur zum Beispiel an die eingesperrten japanischstämmigen US-Bürger im Zweiten Weltkrieg. Aber Kriege gehen irgendwann zuende. Doch wann geht der Krieg gegen den Terror zuende? Das wird eher ein Hundertjähriger als ein Dreißigjähriger Krieg. Und leider erinnert der hasserfüllte Streit zwischen US-Demokraten und Tea Party weniger an denn angelsächsischen Pragmatismus als an die ideologischen Kreuzzüge der deutschen politischen Parteien gegeneinander in der Weimarer Republik. Da wird man direkt dankbar für

unsere gegenwärtigen deutschen Wahlkämpfe mit ihrer ideologischen Langeweile, wo die Kanzlerin den Sozis ein Thema nach dem anderen klaut.

Die USA geben aber auch ein ermutigendes Beispiel für die Stärke der Demokratie. Die heftige interne amerikanische Kritik zeigt die Abwehrkräfte, die Antitoxine gegen staatlichen Autoritarismus. Und im Zeitalter der Extreme im 20. Jahrhundert zeigten die Vereinigten Staaten, wie man mit einer Wirtschaftskatastrophe auf demokratische Art fertig werden kann. Die Weltwirtschaftskrise führte in Deutschland zur totalitären Diktatur, in den USA zum sozialdemokratischen „New Deal“.

Wie kam es zu diesem Unterschied? Waren die Amerikaner bessere Menschen, war die sogenannte „autoritäre Persönlichkeit“ mit ihren faschistischen Tendenzen nur in Deutschland zu Hause? Gewiss nicht. Aber in den Vereinigten Staaten gab es eine gefestigte demokratische Tradition, gab es Institutionen, die dem Sturm standhielten. Das weist uns den Weg, wie wir das Vermächtnis von 1989, die Wiedergeburt eines freiheitlichen Gesamtdeutschlands, bewahren können und müssen: durch die genaue, ja eifersüchtige, Bewachung der demokratischen Institutionen, die in 65 Jahren Bundesrepublik starke Wurzeln geschlagen haben, aber bisher eben noch keinen wirtschaftlichen Tornado aushalten mussten.

Die Sozialpsychologie hat nachgewiesen, dass die Mehrzahl von uns Einzelmenschen bereit ist, auf Befehl einer inhumanen Autorität inhuman zu handeln. Nicht freudig bereit zur Barbarei, aber zu schwach zum Neinsagen. Denken Sie an das berühmt-berüchtigte Milgram-Experiment, in dem zwei Drittel der Versuchspersonen auf Anordnung einer scheinbaren wissenschaftlichen Autorität bereit waren – ungern zwar, aber doch bereit -, anderen Menschen mit Elektroschocks Schmerzen zuzufügen. Es genügt

demnach nicht, den Einzelnen zu einem besseren Menschen zu erziehen, sondern wir müssen verhindern, dass inhumane Autoritäten Befehlsgewalt erlangen. Das ist nicht ein für allemal zu erledigen, sondern bleibt eine Daueraufgabe.

Zwei weitere runde Jahrestage haben wir noch nicht erwähnt, die uns in diesem Zusammenhang auch etwas zu sagen haben, nämlich im Zusammenhang des Freiheitskampfes gegen Diktatur: es sind der 8. November vor fünfundsiebzig und der 20. Juli vor siebzig Jahren. Als die Deutschen 1939 ganz ohne die Hurrahs von 1914, aber fatalistisch gehorsam in den Krieg marschierten, suchte ein einfacher Handwerker die Katastrophe aufzuhalten: Georg Elser mit seiner Zeitbombe im Münchner Bürgerbräukeller. Um 13 Minuten verfehlte er die Tötung Hitlers, der unerwartet früh die Veranstaltung verlassen hatte. Ein Erfolg dieses einfachen Mannes und einsamen Alleinkämpfers hätte Deutschland und der Welt viel mehr erspart als ein erfolgreicher 20. Juli: nämlich Weltkrieg und Holocaust. Seine Klarsicht und seine Konsequenz im einsamen Kampf gegen die Gewaltherrschaft bleiben Vorbild.

Auch der 20. Juli 1944 gehört in die deutsche Freiheitstradition. Äußerlich ist er gescheitert, aber er gab der Welt und dem eigenen Volk ein Lebenszeichen des anderen, des freiheitsliebenden Deutschlands. Ein Beteiligter, der mit dem Leben davon kam, schreibt: „Die Bedeutung der Erhebung des 20. Juli liegt in dem heroischen Beweis, dass es in Deutschland noch eine durch alle Schichten gehende Gesinnung gab, die um des Rechtes willen bereit war, alles zu opfern was sie hatte: Leben, Ehre – wie sie der Zeitgeist verstand – Existenz und Besitz“. In der Tat: während Georg Elser 1938 noch allein den Beschluss gefasst hatte, den Krieg zu verhindern, gab es 1944 eine Art Großer Koalition zur Rettung Deutschlands: Offiziere, Konservative, Sozialdemokraten, Geistliche beider Konfessionen beteiligten und opferten sich. Gewiss waren die

Sozialideale vieler konservativer und militärischer Beteiligten von unserem Grundgesetz meilenweit entfernt. Aber die Große Koalition auf der Grundlage christlichen und humanistischen Werte, wie wir sie im Kreisauer Widerstandskreis vorfinden, bietet durchaus Bausteine für ein demokratisches Nachkriegsdeutschland und sogar für eine deutsch-polnische Zusammenarbeit im heutigen Kreisau-Krzyzowa.

Nicht zuletzt ist der 20. Juli das Symboldatum für die vielleicht zu wenigen, aber doch zahlreichen anderen Deutschen, die sich der menschenverachtenden Gewaltherrschaft schon seit 1933 widersetzen. Denken Sie zum Beispiel an die vielen tausend Berliner, die 7.000 verfolgte Juden versteckt und unterstützt haben und trotz Gestapoterror und Bombenkrieg für tausendfünfhundert von ihnen das Überleben im Untergrund erkämpften. Dreitausend Namen dieser „stillen Helden“ kennen wir, aber wissenschaftliche Schätzungen halten eine Gesamtzahl von bis zu 20.000 Helferinnen und Helfern für realistisch.

Diese Tradition müssen wir wach halten. Junge Menschen sollen und müssen in der Schule und in KZ-Gedenkstätten den Zivilisationsbruch unserer Geschichte kennen lernen, aber sie brauchen auch die Chance zu einer positiven historischen Identifikation mit Vorbildern. Die finden sie in Gedenkstätten wie der des Deutschen Widerstandes in der Berliner Stauffenbergstraße sowie in der Gedenkstätte „Stille Helden“ und der Blindenwerkstatt Otto Weidt neben den Hackeschen Höfen.

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus hat den Weg von der Diktatur zurück in den Rechtsstaat vergeblich zu bahnen versucht. Er musste es den Siegermächten überlassen, die Diktatur zu beseitigen.

Erfolgreich war dagegen die Opposition gegen die zweite deutsche Diktatur des 20. Jahrhunderts. Das wurde sicher auch dadurch möglich, dass diese zweite Diktatur sehr viel weniger extrem und brutal war als die erste. Ihre Machthaber hatten zwar mit ihrem Schießbefehl an die tausend Flüchtlingsleben an Mauer und innerdeutscher Grenze zerstört, aber sie schreckten 1989 vor dem Schießbefehl gegen ihr rebellierendes Volk zurück. In den vierziger und fünfziger Jahren waren sowohl die Machthaber als auch die Opposition extremer gewesen: die DDR-Regierung regierte in den vierziger und frühen fünfziger Jahren häufig noch mit Todesurteilen und rigorosen Freiheitsstrafen, und es gab eine grundsätzliche antikommunistische Opposition bis hin zum Arbeiteraufstand des 17. Juni, der sich zum Volksaufstand gegen Regime und Besatzungsmacht ausweitete. Noch ein gescheiterter deutscher Befreiungsversuch.

Im Schatten der Mauer entstand dann die eher reformorientierte Opposition der späten DDR. Aus Friedens-, Umwelt- und Bürgerrechtsbewegung erwuchs eine immer stärkere zivilgesellschaftliche Kraft. Ihr stand das Regime, durch seine falsche Wirtschaftstheorie und die Abstimmung mit den Füßen geschwächt, schließlich hilflos gegenüber und kapitulierte. Die seit der Märzrevolution von 1848 meist passive deutsche Freiheitsgeschichte errang ihren aktiven Triumph in einer friedlichen Revolution und einer eigenhändig erkämpften demokratischen Wende.

Dieses „happy end“ des Zeitalters der Extreme ist natürlich nicht das Ende der Geschichte, wie der Politologe Francis Fukuyama noch meinte. Vielmehr sind wir zu ihrer aktiven Fortsetzung aufgerufen. Was vor hundert Jahren begann, vor fünfundsiebzig einem schrecklichen Höhepunkt zustrebte und vor fünfundzwanzig endete - es verpflichtet uns, die Pflege der deutschen

Freiheitstradition und ihre Verteidigung im demokratischen Rechtsstaat zu unserer eigenen Aufgabe zu machen.